

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 01/0183/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	22.09.2016
		Verfasser:	
Ratsanträge			
Beratungsfolge:			TOP: __
Datum	Gremium	Kompetenz	
26.10.2016	Rat	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie an die Verwaltung zur weiteren Bearbeitung.

Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden mehrere Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
09. Sep. 2016

Nr. 200/17

Aachen, 9. September 2016

Ratsantrag: Zivilschutz für Menschen mit wenig Geld

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

*Die Verwaltung wird beauftragt, für die Bezieher*innen von Sozialleistungen die Vorräte anzulegen, die im Zivilschutzkonzept des Bundes vorgesehen sind. Darüber hinaus wird sie beauftragt, ein Konzept für die Verteilung im Katastrophenfall zu entwickeln.*

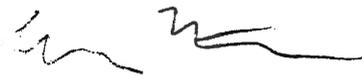
Begründung

Im Zivilschutzkonzept der Bundesregierung wurde empfohlen, dass die Bürgerinnen und Bürger einen Vorrat an Lebensmitteln für Katastrophenfälle vorhalten sollen. Da die Sozialleistungen noch nicht hierfür angepasst wurden und Menschen mit wenig Geld üblicherweise auch nicht den nötigen Platz zur Lagerung haben, muss die Stadt die Vorsorge gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Lasse Klopstein

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

13. Sep. 2016

Nr. 201/17

Aachen, 13. September 2016

Ratsantrag: Integriertes Spielhallenkonzept – Prävention und Beratung bei Spielsucht im Konzentrationsbereich

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung fasst die bislang vorhandenen Angebote zur Prävention und Beratung von an Spielsucht erkrankten Menschen und deren Angehörigen in Aachen zusammen und erarbeitet Vorschläge, wie die räumliche Nähe von Spielstätte und Präventionsarbeit zur Vermeidung von Spielsucht erreicht wird.
2. Sie prüft darüber hinaus, ob das Angebot dem Bedarf in Aachen gerecht wird und stellt die Ergebnisse im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie vor.

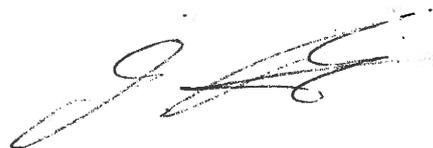
Begründung

Zurzeit wird ein Spielhallenkonzept für unsere Stadt beraten. Die beabsichtigte Konzentration auf bestimmte Teilbereiche der Innenstadt begrüßen wir. Einhergehend mit der Steuerung der Zulassung von Spielstätten, sollte auch die Präventionsarbeit und Beratung von an Spielsucht erkrankten Menschen einer Evaluation unterzogen werden. Neben der Prüfung, ob das Angebot dem aktuellen Bedarf in Aachen entspricht, sollten im Austausch mit anderen Kommunen auch neue Formen der Vorbeugung gegen diese Erkrankung diskutiert werden, insbesondere die aufsuchende Präventionsarbeit.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Michael Bredohl



Ellen Begolli

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

13. Sep. 2016

Nr. 202/17 ✓

Aachen, 13. September 2016

Ratsantrag:

Präzisierung der Quote für öffentlich geförderten Wohnungsbau in Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

Die auf Antrag von CDU und SPD am 10. Dezember 2014 beschlossene Quote für öffentlich geförderten Wohnungsbau bei Neubauvorhaben in Aachen wird zur Präzisierung in folgenden Wortlaut geändert:

Der Anteil des öffentlich geförderten Wohnungsbaus soll zwischen 20% und 40% der zu errichtenden Wohneinheiten am geplanten Vorhaben betragen, der Anteil der analogen Nettowohnfläche soll nicht unterschritten werden.

In der Regel wird ein Anteil von 30% der zu errichtenden Wohneinheiten, in der Regel nicht weniger als 30% der Nettowohnfläche angestrebt. Die Quote wird im Einzelfall für jedes Bauvorhaben unter Beachtung der Bedarfslage sowie der sozialen Quartiersstruktur festgelegt.

Wird der beschlossene öffentlich geförderte Wohnraum unterschritten, so hat ein Käufer von städtischen Grundstücken an die Stadt Aachen eine Vertragsstrafe in Höhe von 1.146,00 € pro nicht realisiertem Quadratmeter zu zahlen.

– Begründung umseitig –

Begründung

Der am 10. Dezember 2014 beschlossene Antrag von CDU und SPD hatte zum Ziel, die Quote des öffentlich geförderten Wohnungsbaus von vormals 20% auf nun 20% - 40% flexibel je nach Wohnlage zu gestalten; in der Regel jedoch auf einen Anteil von 30% zu erhöhen. Der alleinige Bezug zu den geplanten Wohneinheiten birgt jedoch das Risiko, dass weniger bezahlbare Nettowohnfläche entsteht, da dem Investor überlassen bleibt, wie groß er die jeweiligen Wohnungen plant.

Zur Unterstützung der Intention des Antrags – mehr bezahlbaren Wohnraum in unterschiedlichen Wohnungsgrößen zu schaffen - halten wir eine Präzisierung des Wortlauts für nötig.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Ellen Begolli



Marc Beus

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
19. Sep. 2016

Nr. 203/17

Aachen, 19. September 2016

Ratsantrag: Sichere Fahrradabstellanlagen in Bewohnerparkzonen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt

1. Zu prüfen, wie groß der Bedarf für abschließbare Fahrradboxen in den Anwohnerparkzonen ist
2. Ein Konzept für die Vergabe von Fahrradparkausweisen für Anwohner zu entwickeln
3. Eine angemessene Zahl von Anwohnerfahrradboxen bereitzustellen

Begründung

Immer mehr Aachenerinnen und Aachener nutzen Pedelecs. Diese haben ein deutlich höheres Gewicht als Fahrräder ohne Elektromotor und sind dadurch deutlich schlechter in Wohnungen oder Keller zu tragen. Gerade für ältere Menschen.

Im Jahr 2015 wurden in Aachen 2.318 Fahrraddiebstähle angezeigt, weswegen auch bei guten Schlössern das Abstellen auf der Straße nur die zweitbeste Lösung ist.

Hier halten wir ein, an das Anwohnerparken von Autofahrer*innen angenähertes, Konzept für sinnvoll.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Andreas Müller

Lasse Klopstein

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen

Johannes-Paul-II-Straße 1
Raum 136
52062 Aachen

Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister
Marcel Philip

Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

19. Sep. 2016

Nr. 204/17



Tel.: +49 (0)241 432 7265
E-Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Ratsantrag

Unser Zeichen: 201609-01

12.09.2016

Passwörter und IT Sicherheit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Fraktion der Piraten beantragt im der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zu erarbeiten und dem Rat der Stadt im ersten Quartal 2017 zum Beschluss vorzulegen, welches die Umstellung sämtlicher Logins an Rechnern der Verwaltung auf ein Single-Sign-On (SSO) System mit Zwei-Faktor-Authentifizierung innerhalb der nächsten 3 Jahre ermöglicht.

Ziel dieses Konzeptes ist es, dass sämtliche dienstlichen Loginvorgänge durch Mitarbeiter der Verwaltung durch einen einzigen Login pro Sitzung ersetzt werden. Dieser Login ist durch eine Zwei-Faktor-Authentifizierung, zum Beispiel durch die Verwendung von Smart Cards, abzusichern.

Das Konzept soll eine Liste der durch die Verwaltung verwendeten Software enthalten, eingeteilt danach, ob diese Software bereits SSO unterstützt, in einer neueren Version SSO unterstützt, SSO Unterstützung nachträglich erhalten kann oder aus Sicherheitsgründen ausgetauscht werden muss.

Begründung:

Schwache und wiederverwendete Passwörter stellen ein großes Sicherheitsrisiko für jede IT-Infrastruktur dar. Die Verwaltung der Stadt Aachen ist auf die Integrität ihrer informationstechnischen Systeme angewiesen. Ohne diese ist sowohl die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung als auch die Gewährleistung des Datenschutzes stark gefährdet.

Die Erfahrung zeigt jedoch, dass Passwörter mit der Zeit häufig unsicher verwendet werden, da die Verwaltung von sicheren Passwörtern ohne Hilfsmittel mit einem erheblichen Aufwand verbunden ist.

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1 (Raum 136), 52062 Aachen
Telefon: +49 (0)241 432 7265
Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Geschäftsführer: Rahu Ehanantharajah
Fax: +49 (0)241 92 78 68 72
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Der bisherige Ansatz der Verwaltung beruht darauf, dass die einzelnen Mitarbeiter alleine für die vorgeschriebene Verwendung sicherer Passwörter verantwortlich sind. Das führt zwangsläufig dazu, dass die verwendeten Passwörter einen Kompromiss zwischen Sicherheit und Benutzbarkeit abbilden. Diese Passwörter sind höchstens entweder sicher, oder bequem zu benutzen, niemals beides und leider auch schon mal weder das Eine, noch das Andere.

Der Einsatz eines Single-Sign-On Systems entlastet die einzelnen Mitarbeiter hingegen und garantiert eine hohe Sicherheit, ohne dass der Aufwand mit der Anzahl der genutzten Dienste steigt. Jeder Benutzer muss nur noch ein Passwort pflegen, welches durch die zusätzliche Absicherung mittels Zwei-Faktor-Authentifizierung vor Missbrauch geschützt wird. Der Aufwand zur Gewährleistung der Sicherheit wird damit zurückverschoben hin zu den Anbietern von Software und IT-Infrastruktur.

Die meisten Softwareprodukte, die eine Authentifizierung des Nutzers ermöglichen, ermöglichen schon heute die Verwendung von SSO. Für zukünftige Beschaffungen seitens der Stadt muss SSO-Kompatibilität eingefordert werden.

Wenn man diese Teile abzieht, verbleibt noch Software ohne SSO-Unterstützung, die entweder hochspeziell ist oder gammeliger Abfall.

Für die speziellen Softwarelösungen muss seitens der Stadt Druck auf den jeweiligen Zulieferer ausgeübt werden, um eine Modernisierung der Software zu erreichen.

Gammelige Software an sich ist ein Sicherheitsrisiko und gehört daher ersetzt, also mit SSO Unterstützung neu beschafft.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Pütz
Fraktionsvorsitzender PIRATEN



Matthias Achilles
Sachkundiger Bürger PIRATEN

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen

Johannes-Paul-II-Straße 1
Raum 136
52062 Aachen

Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister
Marcel Philip

Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

19. Sep. 2016

Nr. 205/17



Tel.: +49 (0)241 432 7265
E-Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Ratsantrag

Unser Zeichen: 201609-02

12.09.2016

Verschlüsselung personenbezogener Daten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Fraktion der Piraten beantragt im der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf allen mobilen Endgeräten (Laptops, Tablets, Smartphones etc.) die betriebssystemeigene Systemverschlüsselung zu nutzen.

Begründung:

Mobile Endgeräte sind nicht nur praktisch wegen der Möglichkeiten, an jedem Ort einen Rechner und die wichtigen Dateien zur Verfügung zu haben. Mobile Endgeräte sind leider auch ein Risiko, da sie entwendet oder verloren werden können. Das ist - neben dem materiellen Schaden und dem unpraktischen Ärgernis - vor allem ein Sicherheitsrisiko.

Die Massenspeicher dieser Geräte enthalten mitunter personenbezogene, oder sonstige nichtöffentliche Daten. Um diese Daten zu schützen und den Diebstahl solcher Geräte unattraktiver zu machen, bietet die Verschlüsselung ein ideales Mittel. Sämtliche moderne Betriebssysteme bieten von Haus aus eine Systemverschlüsselung an. Durch die Verwendung solcher Verfahren kann mit wenig Aufwand mehr Sicherheit geschaffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Udo Pütz
Fraktionsvorsitzender PIRATEN

Matthias Achilles
Sachkundiger Bürger PIRATEN

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1 (Raum 136), 52062 Aachen Geschäftsführer: Rahu Ehanantharajah
Telefon: +49 (0)241 432 7265 Fax: +49 (0)241 92 78 68 72
Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen

Johannes-Paul-II-Straße 1
Raum 136
52062 Aachen

Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister
Marcel Philip

Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
19. Sep. 2016

Nr. 206/17



Tel.: +49 (0)241 432 7265
E-Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Ratsantrag

Unser Zeichen: 201609-03

12.09.2016

Signierter e-Mailverkehr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Fraktion der Piraten beantragt im der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt für e-Mailverkehr innerhalb der Verwaltung vorzuschreiben, dass alle dienstlichen e-Mails zwischen Mitarbeitern per S/MIME oder OpenPGP zu signieren sind.

Begründung:

Angriffe über gefälschte e-Mails, die entweder Schadsoftware enthalten, oder zum Phishing benutzt werden, sind weit verbreitet. Die kryptographische Signierung von E-Mails bietet eine einfache Möglichkeit, um zu überprüfen, ob eine e-Mail von einer vertrauenswürdigen Quelle ausging und unverändert beim Empfänger angekommen ist.

Die Signierung per S/MIME oder OpenPGP erlaubt es mit wenig Aufwand diese Funktionen umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Udo Pütz
Fraktionsvorsitzender PIRATEN

Matthias Achilles
Sachkundiger Bürger PIRATEN

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1 (Raum 136), 52062 Aachen Geschäftsführer: Rahu Ehanantharajah
Telefon: +49 (0)241 432 7265 Fax: +49 (0)241 92 78 68 72
Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Oberbürgermeister
der Stadt Aachen
Rathaus
Aachen

Eingang bei FB 01
20. Sep. 2016

Nr. 207/17

Aachen, den 19. September 2016

Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt, dass der Rat der Stadt Aachen in seiner nächsten Sitzung folgenden Beschluss fasst:

Die Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Aachen vom 10. November 1979 in der Fassung des 12. Nachtrages vom 14. April 2011 wird durch einen 13. Nachtrag geändert und wie folgt ergänzt:

Nach § 7 der Satzung wird folgender § 7 a eingefügt:

§ 7 a Gebührenbefreiung

- (1) Für die Erteilung der Erlaubnis zu politischen, kirchlichen, sozialen, kulturellen, sportlichen, gemeinnützigen oder damit vergleichbaren Veranstaltungen und Zwecken wird weder eine Verwaltungsgebühr noch eine Sondernutzungsgebühr erhoben. Gebühren werden auch

nicht erhoben für Sondernutzungen zum Aufstellen von Fahrradständern sowie für das Aufstellen von Pflanzenkübeln.

- (2) Die Gebührenbefreiung schließt die Notwendigkeit einer Erlaubnis nach § 6 nicht aus.

Begründung:

Die Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Aachen vom 10. November 1979 ist bisher durch insgesamt 12 Nachträge modifiziert worden. Der Städte- und Gemeindebund NRW hat bereits im Jahr 2008 eine neue Sondernutzungs-Mustersatzung empfohlen. Diese ist in der Zeitschrift Städte- und Gemeinderat Heft 3/2008, Seite 17 ff. veröffentlicht.

Zahlreiche Städte und Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen haben ihre Sondernutzungs-Satzung entsprechend dieser Mustersatzung angepasst und hierbei örtliche Besonderheiten berücksichtigt.

In der Satzung der Stadt Münster über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen vom 29. Juni 2012, veröffentlicht im Amtsblatt der Stadt Münster 2012, Seite 85, ist die im Antrag wiedergegebene Regelung als § 8 a enthalten. Der einzige Unterschied im Wortlaut besteht darin, dass in der Satzung der Stadt Münster von Blumenkübeln statt von Pflanzenkübeln die Rede ist.

Der Aachener Presse war in den vergangenen Wochen zu entnehmen, dass die Stadt Aachen von Gewerbetreibenden, die in einem Fall Pflanzenkübel mit Buchsbäumen vor ihrem Geschäft in der Fußgängerzone und in einem anderen Fall einen Fahrradständer aufgestellt haben, Sondernutzungsgebühren und Verwaltungsgebühren erhebt. Dies hat bei den Betroffenen zu Verärgerung und bei der Bevölkerung zu Unverständnis geführt.

Ähnliche Probleme scheint es in der Stadt Münster ebenfalls gegeben zu haben oder der Rat der Stadt Münster hat diese vorhergesehen, sodass die beantragte Regelung in die Sondernutzungs-Satzung aufgenommen wurde.

Die Stadt Münster ist hinsichtlich Größe und Bevölkerungsstruktur durchaus mit der Stadt Aachen vergleichbar, sodass auch für die Stadt Aachen eine solche Regelung angemessen erscheint. Die Höhe der Gebühren dürfe zudem in keinem angemessenen Verhältnis zu dem Aufwand für deren Festsetzung und Beitreibung stehen.

Nach Ansicht der FDP-Fraktion soll daher die Regelung in die zur Zeit bestehende Satzung aufgenommen werden. Falls von der Verwaltung beabsichtigt ist, eine neue Satzung entsprechend der aktuellen Mustersatzung zu erarbeiten, würde dies einen größeren zeitlichen Aufwand erfordern, der den als Missstand empfundenen derzeitigen Zustand zu lange aufrecht erhalten würde.

Wir bitten daher, diesen Punkt bereits auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Wilhelm Helg
Fraktionsvorsitzender



Peter Blum
Mobilitätspol. Sprecher



Joachim Moselage
Bezirksvertretung Aachen-Mitte

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1
Raum 136
52062 Aachen

Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister
Marcel Philip

Rathaus
52058 Aachen



Tel.: +49 (0)241 432 7265
E-Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Eingang bei FB 01
20. Sep. 2016

Nr. 208/17

Ratsantrag

Unser Zeichen: 201609-04

20.09.2016

Ratsantrag: NRW-Förderprogramm „Gute Schule 2020“ für Schulreparaturprogramm

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der PIRATEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen den folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen des NRW-Förderprogramms "Gute Schule 2020" einen Förderantrag für das Aachener Schulreparaturprogramm zu stellen.

Begründung:

Das Schulreparaturprogramm startete 2003, um den bis dahin aufgelaufenen Instandhaltungsstau an den Aachener Schulgebäuden aufzuarbeiten.

Zum Ende des Jahres 2015, also 12 Jahre später, war erst etwas mehr als die Hälfte (ca. 55%) des Instandhaltungsstaus abgearbeitet [1]. Das NRW-Förderprogramm "Gute Schule 2020" kann dafür sorgen, nicht noch weitere 10-12 Jahre zu warten, bis die letzte Maßnahme des Schulreparaturprogramms durchgeführt wird.

[1] <http://ratsinfo.aachen.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=14621>

Mit freundlichen Grüßen

Udo Pütz
Fraktionsvorsitzender PIRATEN

Michael Sahn
Sachkundiger Bürger

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1 (Raum 136), 52062 Aachen
Telefon: +49 (0)241 432 7265
Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Geschäftsführer: Rahu Ehanantharajah
Fax: +49 (0)241 92 78 68 72
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Eingang bei FB 01
27. Sep. 2016

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

12. September 2016
GRÜNE 25 / 2016

Nr. 209 / 17

Ratsantrag

Umgestaltung von Theaterstraße und Theaterplatz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept für die Umgestaltung von Theaterstraße und Theaterplatz zu entwickeln, das den ehemaligen Alleen- und Platzcharakter wieder aufleben lässt.

Ziel muss es sein, den öffentlichen Raum urban neu zu gestalten, nach heutigen Ansprüchen und Gegebenheiten neu aufzuteilen, mehr Aufenthaltsqualität zu erzielen und somit auch den Standort von Handel und Gastronomie entlang der Theaterstraße und auf dem Theaterplatz zu stärken. Vorrangig sind die folgenden Aspekte zu betrachten:

- Stärkung des Boulevardcharakters der Theaterstraße
- Stärkung der Fußgängerachse Bahnhofstraße – Theaterstraße – Innenstadt
- Attraktivierung und Ausbau der Flächen für Fußgänger und Außengastronomie
- Wiederherstellung des Alleencharakters durch Nachpflanzungen von Bäumen
- Anlegen von Radfahrstreifen
- Neuordnung des Verkehrsraums rund um das Theater (einseitige Verkehrsführung)
- Stärkung des Platzcharakters und Verbesserung der Aufenthaltsqualität rund um das Theater, auch unter Einbeziehung des Hotelneubaus

- Verbesserte Anbindung des Platzes an den Elisenbrunnen
- Neuordnung der Haltestellenbereiche und Umsteigebeziehungen für den ÖPNV
- Neuordnung der Taxistände rund um das Theater
- Neuordnung der Parkflächen entlang des Platzes und in der Theaterstraße unter Einbeziehung der Parkhäuser in der Umgebung in ein Bewohnerparkkonzept

Die verschiedenen Möglichkeiten der Umgestaltung von Theaterstraße und Theaterplatz sollen unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Anwohner, Einzelhändler und Eigentümer im Rahmen einer öffentlichen Debatte/eines Workshops diskutiert werden.

Begründung

Die Theaterstraße mit ihren zahlreichen prachtvollen Bauten und der axialen Stellung des Theaterbaus auf dem Theaterplatz war historisch eine der repräsentativen Einfahrtsstraße in die Innenstadt. Die breiten Bürgersteige mit hochwertig verziertem Kleinpflaster zeugen noch von der Bedeutung der Theaterstraße, die bis vor hundert Jahren eher den Charakter eines Boulevards hatte.

Zahlreiche Denkmäler und restaurierte Fassaden prägen die Straße noch heute. Allerdings wird das heutige Erscheinungsbild des öffentlichen Raums rund um das Theater und in der Theaterstraße der Bedeutung der Straße nicht mehr gerecht. Das Potenzial der Straße kommt nicht in angemessener Weise zur Entfaltung.

Hinsichtlich der Aufenthaltsqualität ist die Theaterstraße stark abgefallen. Die Verkehrsfunktion für Pkw und Busse überwiegt. Das Radfahren ist angesichts fehlender Radfahrstreifen gefährlich. Die Straße lädt Fußgänger nicht zum Flanieren ein. In weiten Teilen sind die Gehwege durch parkende Fahrzeuge stark eingeengt. Die Außengastronomie ist in den Randbereich abgedrängt und das alte (Klein-)Pflaster ist vielerorts durch parkende Fahrzeuge stark beschädigt. Einzelne Bäume sind den parkenden Fahrzeugen bereits zum Opfer gefallen.

Eine möglichst breite Beteiligung der Öffentlichkeit an dem Diskussions- und Planungsprozess ist wichtig, um eine hohe Akzeptanz für die Neugestaltung des Straßenraums zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Wilfried Fischer
mobilitätspolitischer Sprecher

Eingang bei FB 01
27. Sep. 2016

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Nr. 210/17

19. September 2016
GRÜNE 26 / 2016

Ratsantrag

Richtlinien für das Aufstellen von Fahrradständern bürgerfreundlicher gestalten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen fordert die Verwaltung auf, die Satzung für die Sondernutzung öffentlicher Verkehrsflächen zu überarbeiten, so dass das Aufstellen von Fahrradabstellanlagen, die nicht überwiegend der Werbung dienen und keine Einschränkung für den Fußgängerverkehr darstellen, unter gewissen Voraussetzungen erlaubnis- und somit gebührenfrei ist.

Begründung:

Gewerbetreibende stellen Fahrradständer auf, um Kunden, die ihr Geschäft mit dem Fahrrad besuchen, eine Park- und vor allen Dingen eine sichere Abschließmöglichkeit zu bieten. Ein Ziel des Luftreinhalteplans ist es, den Radverkehrs in der Innenstadt zu stärken, gleichzeitig sind aber Fahrradbügel im öffentlichen Raum an manchen Orten Mangelware. Das Engagement der Geschäftsleute, zusätzliche Fahrradabstellanlagen zu schaffen, sollte somit durch eine Änderung der Satzung unterstützt werden.

In den letzten Jahren gehen auch andere Städte dazu über, die Regelungen zur Sondernutzung von Straßen und Plätzen unbürokratischer und bürgerfreundlicher zu gestalten. So hat beispielsweise die Stadt München seit 2014 die Richtlinien für Sondernutzungen neu gefasst und einen ausführlichen Kriterienkatalog dazu entwickelt, wann u.a. Fahrradabstellanlagen ohne Sondernutzungserlaubnis aufgestellt werden dürfen. Die Kriterien hierfür sind anschaulich dargestellt und online abrufbar, was auch in dieser Hinsicht als gutes Beispiel für die Stadt Aachen dienen könnte.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Wilfried Fischer
mobilitätspolitischer Sprecher

Eingang bei FB 01

27. Sep. 2016

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

12. September 2016
GRÜNE 24 / 2016

Nr. 211 / 17

Ratsantrag

Karl V.: Kulturhistorisches Projekt zum 500. Krönungsjubiläum

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Das 500. Jubiläumsjahr der Krönung Karl V., die als die prachtvollste aller Krönungen in Aachen gilt, soll als Anlass für ein großes kulturhistorisches Projekt im Jahr 2020 dienen.

Karl V., Herrscher über ein „Reich in dem die Sonne nie unterging“* und zentrale Figur im Umgang mit Luthers Reformationsbewegung, wurde am 23.10.1520 in Aachen zum König gekrönt. Dieses Projekt soll nicht nur die Krönung selbst thematisieren, sondern auch die spannende historische Situation einfangen und anschaulich darstellen sowie einen Bogen schlagen von der Lokal- und Regionalgeschichte zur europäischen Geschichte und der Geschichte der europäischen Expansion.

Synergien wie die für 2020 geplante Albrecht Dürer-Ausstellung im Suermondt Ludwig Museum sollen genutzt und weitere sinnvolle Verknüpfungen mit den zahlreichen Kulturinstitutionen in Aachen geschaffen werden.

Begründung:

Karl V. sah sich als „Universalmonarch“, unter dessen Herrschaft die Trennung Europas in einzelne Staaten überwunden werden sollte. Er war die zentrale Figur im Umgang mit der Reformationsbewegung, die fast zeitgleich mit seinem Antritt für tiefe Umbrüche im gesamten europäischen Raum sorgte. Die Person Karls V. steht für eine Zeit, die geprägt war durch tiefgreifende Entwicklungen, die unser Leben bis heute beeinflussen.

Die Krönung in Aachen und ihre Umstände ist eines der wichtigen Ereignisse in der Lebenszeit Karls V. und geeignet, um ein spannendes, weit wirkendes kulturhistorisches Projekt zu generieren. Der zeitgleiche und durch die Anwesenheit Karls V. begründete Besuch Dürers in Aachen ist ein Teil dieser Geschichte und kann in das Projekt integriert werden. Dieses Projekt, das Ausstellungen, Veranstaltungen und vieles mehr umfassen kann, könnte sich inhaltlich an folgenden Stichworten orientieren:

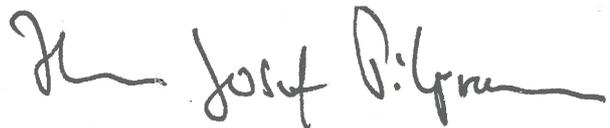
- überregional: Luther und die Reformation, Die Fugger und ihr Einfluss auf die Herrschenden, Die Anfänge der Globalisierung (weitreichende Machtansprüche bis nach Amerika und auf die Philippinen), Justizreform „Constitutio Criminalis Carolina“ schafft einheitliches Straf- und Prozessrecht für das gesamte Reich, Kunstförderung zu Propagandazwecken, Kaisertum als „europäische Ordnungsmacht“
- regional: Die Pest in Aachen, Albrecht Dürers Besuch 1520 in Aachen, Der prunkvolle Einzug in die Stadt mit folgender Krönung und der daraus folgenden Tradition des Königsmahls

Das alljährlich am 23. Oktober in Aachen stattfindende Krönungsmahl, eine beliebte Veranstaltung von hohem Renommee, bezieht sich ebenfalls auf genau diesen Termin: Auf der Webseite des Rathausvereins heißt es: „Das prunkvollste und größte dieser Mähler fand bei der Krönung von Karl V. im Jahre 1520 statt.“ (<http://www.rathausverein-aachen.de/kroenungsmahl>) Diese Festivität bietet sich an, um als ein zentraler Ankerpunkt in das Projekt mit eingebunden zu werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionsvorsitzende



Hermann Josef Pilgram
Ratsherr

* [https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_V._\(HRR\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_V._(HRR)), abgerufen am 06.09.2016.

Eingang bei FB 01

05. Okt. 2016

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Nr. 212/17

26. September 2016
GRÜNE 27 / 2016

Ratsantrag

Gefahrenstellen im Radwegenetz identifizieren und beseitigen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt, Gefahrenstellen im Aachener Radwegenetz aktiv zu identifizieren und in einem regelmäßigen Sachstandsbericht dem Mobilitätsausschuss zur Kenntnis zu bringen. In einer Prioritätenliste sind dabei mit konkreter Zeitangabe der Umsetzung geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahrenstellen vorzuschlagen.
- 2.) Aufgrund aktueller Unfälle wird die Verwaltung beauftragt, zeitnah die Radwegeführung im gesamten Bereich zwischen Vaalser Straße und Schanz sicherer zu gestalten. Insbesondere sind geeignete Maßnahmen vorzuschlagen, die die Sicherheit der Radfahrerinnen und Radfahrer beim Queren der Fahrbahnen und Einmündungen erhöhen, ohne den Komfort, den die bisherige Führung der Radwege dort bietet, einzuschränken.

Begründung:

Ad 1.) Die Sicherheit des Radverkehrs erfordert eine höhere Aufmerksamkeit seitens der Verwaltung. Schlechte Beschilderungen, fehlende Markierungen oder andere Sicherheitsmängel müssen bei regelmäßigen Befahrungen aufgenommen und die Beseitigung von Mängeln kurzfristig beauftragt werden. Ein in Zusammenarbeit mit „Fahr Rad in Aachen“ entwickeltes Meldesystem wäre eine gute Möglichkeit, Hinweise und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern und Radfahrorganisationen aufzugreifen und die Verwaltung bei der Identifizierung von Gefahrenstellen zu unterstützen.

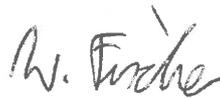
Ad 2.) Im konkreten Fall ist die Querung der Straße „An der Schanz“ für Radfahrende besonders gefährlich. Durch eine Werbetafel und parkende Kraftfahrzeuge ist die Situation für Kraftfahrzeuge, die aus Richtung Vaalser Straße kommen, schlecht einsehbar. Durch die einfache „Vorfahrt achten“-Regelung wird der Verkehr an dieser Stelle nicht ausreichend abgebremst. Auch der Zweirichtungsweg zwischen Vaalser Straße und Schanz ist an der Einmündung der Straße „Im Johannistal“ nur unzureichend ausgeschildert. Die Fahrbahnmarkierungen des Radweges sind insbesondere im Bereich der Querung kaum noch erkennbar.

Es ist weiterhin die Aufgabe der Unfallkommission aus Vertretern von Polizei und Straßenverkehrsbehörde, in regelmäßigen Sitzungen Unfalldüngungspunkte zu identifizieren und möglichst kurzfristig unfallbegünstigende Faktoren zu beseitigen.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Wilfried Fischer
mobilitätspolitischer Sprecher

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

07. Okt. 2016

Nr. 213/17

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AFA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

05. Oktober 2016

Ratsantrag: Potentialshebung der Aachener Schwimmbäder

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ratsgruppe Allianz für Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen. Der Rat der Stadt Aachen möge beschließen:

- 1) **In allen städtischen Schwimmhallen werden Bereiche für Sportschwimmen und Erholungsschwimmen durch Schwimmleinen abgetrennt und durch Schilder eindeutig markiert.**
- 2) **Alle städtischen Schwimmhallen werden mit Wellenbrecherleinen für eine ebene ruhige Wasseroberfläche ausgestattet. Die Verwaltung wird aufgefordert die finanzielle Realisierbarkeit der Beschaffung zu prüfen und falls gegeben vorzunehmen.**

Begründung:

Zu 1) Die Aachener Schwimmbäder werden von Menschen aller Altersgruppen mit unterschiedlicher körperlicher Fitness besucht. Das Schwimmen kann regenerativ und erholend sein, es kann dem Vergnügen dienen oder auch sportlichen Charakter annehmen. Daher ist es zu vermeiden, dass sich ältere Personen oder Kinder durch leistungsorientierte Sportschwimmer gestört fühlen. Im Gegenzug haben auch Sportschwimmer ein Inte-

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

resse an einem ungehinderten schwimmen ihrer Bahnen. Durch eine Aufteilung des Schwimmerbeckens kommen alle Schwimmstile gleichermaßen konfliktfrei zur Geltung. Eine entsprechende Beschilderung der getrennten Schwimmbereiche informiert die Badegäste.

Zu 2) Es sind noch nicht in allen städtischen Hallen sogenannte Wellenbrecherleinen nutzbar. Diese absorbieren einen Großteil des Wellenvolumens und glätten effektiv den Wasserspiegel. Badegäste werden weniger durch den Wellenauftrieb einer anderen Bahn beeinträchtigt, was das Schwimmen angenehmer und attraktiver macht. Die Gefahr durch plötzlichen Wellenschlag versehentlich Wasser zu verschlucken, wird durch Wellenbrecherleinen deutlich reduziert.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe

Markus Mohr

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

14. Okt. 2016

Nr. 214/17

Mara Müller (AfD)
Ratsfrau

Jülicher Str. 206
52070 Aachen

mara.mueller@afd.nrw

13.10.2016

Ratsantrag: Schutz der Verwaltungsmitarbeiter

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

durch die zunehmende Aggression in den Jobcentern, im Bürgerservice und anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, werden immer mehr Mitarbeiter Opfer verbaler und körperlicher Gewalt.

Die Stadtverwaltung Aachen hat laut Mitteilung der Frau Klösger vom städtischen Presseamt weder einen Sicherheitsdienst noch Panikknöpfe auf den Zimmern.

In den Bereichen mit viel Publikumsverkehr und steigender Gewaltbereitschaft, beantrage ich im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung ein Sicherheitskonzept zu entwickeln, um den Schutz der Mitarbeiter, insbesondere derer mit viel Publikumsverkehr, zu gewährleisten.
In dem Konzept ist insbesondere die Anstellung eines Sicherheitsdienstes sowie die Einrichtung von Panikknöpfen auf den Zimmern zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Mara Müller

Fraktion DIE LINKE. · Verwaltungsgebäude Katschhof · 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
17. Okt. 2016

Nr. 215/17 Aachen, 17. Oktober 2016

Ratsantrag: Maßnahmen gegen die zunehmende Zahl an obdachlosen Menschen in Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat möge folgenden Beschluss fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob angesichts der zunehmenden Zahl an obdachlosen Menschen in Aachen die bisherigen Maßnahmen und Strategien ausreichend sind oder ob die zukünftigen Herausforderungen durch immer mehr wohnungslose oder vom Verlust ihrer Wohnung unmittelbar bedrohte Einwohner*innen auch neue Konzepte erfordern.

Begründung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. hat einen drastischen Anstieg der Wohnungslosigkeit ermittelt. Bis 2018 wird die Zahl der wohnungslosen Personen bundesweit auf 536.000 anwachsen, das bedeutet eine Steigerung von ca. 60% gegenüber 2014. Auch in Aachen sind seit Herbst 2014 steigende Fallzahlen zu verzeichnen. Als Ursachen nennt der o. g. Verein Wohnungsmangel, hohe Mieten, Verarmung und sozialpolitische Fehlentscheidungen.

Da auch in Aachen bezahlbare Wohnungen fehlen und die Armut in unserer Region zugenommen hat, müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, Wohnungslosigkeit zu vermeiden und den auf der Straße lebenden Menschen jede notwendige medizinische und soziale Hilfe zukommen zu lassen.

Die Verantwortung zur Schaffung der nötigen finanziellen Rahmenbedingungen obliegt den kommunalpolitischen Vertreter*innen im Rat der Stadt Aachen.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens

Ellen Begolli

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Aachen · Verwaltungsgebäude Katschhof · 52058 Aachen
Tel. 0241/432-7244 · 0241/432-7246
fraktion.dielinke@mail.aachen.de

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen

Johannes-Paul-II-Straße 1
Raum 136
52062 Aachen

Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister
Marcel Philip

Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
1 8. Okt. 2016



Tel.: +49 (0)241 432 7265
E-Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Nr. 216/17

Ratsantrag

Unser Zeichen: 201610-01

13.10.2016

Mitgliedschaft der Stadt Aachen in der LAG Schulsozialarbeit NRW e.V.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der PIRATEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen den folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Mitgliedschaft in der "Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit NRW e.V." als juristische Person zu prüfen und bei positiver Bewertung zu beantragen.

Begründung:

Die Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit NRW e.V. (LAG) ist ein anerkannter, gemeinnütziger Verein, der sich u.a. die Interessenvertretung, Förderung, Qualitätsentwicklung und Vernetzung der Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen zum Ziel gesetzt hat.¹

Seit Mai 2016 ist die Stadt Köln als juristische Person Mitglied in der LAG, um die Arbeit der LAG für die Schulsozialarbeit in NRW zu unterstützen.²

Die Stadt Aachen hat mit ihrem Beschluss vom Dezember 2015³, die befristeten 18 Vollzeitstellen nach dem Auslaufen der BuT-Förderung ab Juni 2018 unbefristet aus eigenen Haushaltsmitteln weiter zu beschäftigen, gezeigt, dass sie sich der weitreichenden Bedeutung von Schulsozialarbeit bewusst ist. Durch eine Mitgliedschaft könnte sie über Aachens Grenzen hinaus als gewichtiges Mitglied die LAG im Einsatz für die Belange der Schulsozialarbeit in NRW unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Sait Başkaya
Ratsherr


Michael Sahn
Sachkundiger Bürger

¹ <http://www.schulsozialarbeit-nrw.de/der-verein/>

² <http://www.schulsozialarbeit-nrw.de/aktuelles/lag-mitglied-stadt-koeln/>

³ <http://ratsinfo.aachen.de/bj/vo020.asp?VOLFDNR=14299>